



Resolution

„Eltern fordern Sicherheit für Musikschulen“

Die Bundes-Eltern-Vertretung der Musikschulen wendet sich anlässlich des Deutschen Musikschultages am 15. Juni 1996 mit dieser Resolution an die für Musikschulen politisch Verantwortlichen sowie an die Öffentlichkeit mit dem Aufruf um Unterstützung ihrer Forderung.

- Musikschulen leisten einen nicht wegzudenkenden Beitrag zur Jugend- und Bildungsarbeit.
- Das Kultur- und Bildungspotential der Musikschulen muß unbedingt erhalten bleiben.
- Die Politik darf sich dieser Verantwortung auch künftig nicht entziehen.

Die Bundes-Eltern-Vertretung sieht den Fortbestand der Musikschulen als gefährdet an und fordert deshalb,

1. die anerkannte Qualität der Musikschulen zu erhalten; dazu ist notwendig
 - die Sicherung der Unterrichtsqualität durch angemessene Personal- und Sachausstattung,
 - die Breite des Angebotes und Fächervielfalt,
 - die Ensemble- und Orchesterarbeit,
 - die fachliche Ausbildung der Lehrkräfte,
 - Kontinuität des Unterrichtes durch festangestellte Lehrkräfte,
 - Weiterbildung der Lehrer,
 - der Zugang für alle Bevölkerungskreise, insbesondere Kinder und Jugendliche aus allen sozialen Schichten;
2. den Namen „Musikschule“ und die inhaltliche Qualität rechtlich zu schützen;
3. eine landesgesetzliche Verankerung der Musikschule als Bildungseinrichtung;
4. daß die Länder ihre Mitverantwortung für die Musikschulen als Kultur- und Bildungseinrichtung auch weiterhin durch Beteiligung an der Grundfinanzierung wahrnehmen;
5. eine Gestaltung der Gebühren, die weiten Kreisen der Bevölkerung den Besuch der Musikschule ermöglicht;
6. die Musikschulen durch Sparmaßnahmen nicht in ihrer Qualität zu gefährden oder gar zur Disposition zu stellen.

Die Bundes-Eltern Vertretung spricht für die über 1 Million Schüler, vorrangig Kinder und Jugendliche, die in den rund 1000 im Verband deutscher Musikschulen zusammengeschlossenen Musikschulen unterrichtet werden. Sie verabschiedet diese Resolution auch in dem Bewußtsein, damit im Sinne von Millionen ehemaliger Musikschüler und in Verantwortung für künftige Musikschüler und ihre Eltern zu handeln.

Öffentliche Mittel für die Musikschulen sind keine Subventionen, sondern bildungs- und kulturpolitisch unerlässlich notwendige Investitionen in die Zukunft unserer Kinder und damit in die Zukunft unserer Gesellschaft.